

10.12.2015

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Mag.^a Rausch

zum NÖ Frauen- und Gleichstellungsbericht 2015, LT-804/B-60-2015

betreffend **Gleiche Chancen in der beruflichen und privaten Lebensplanung für Frauen**

Der Frauen- und Gleichstellungsbericht 2015 zeigt, dass die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst werden. Einerseits resultieren sie aus Unterschieden im Beschäftigungsausmaß wie Teilzeit oder unterjährige Beschäftigung. Andererseits sind sie auf ein unterschiedliches Berufswahlverhalten von Frauen und Männern zurückzuführen, auf Berufsunterbrechungen im Zuge der Familienplanung, auf die Aus- und Schulbildung, auf die Wahl der Branche oder auf die räumliche Nähe zum Arbeitsort. In Niederösterreich beträgt das mittlere Bruttojahreseinkommen der Frauen 61 % jenes der Männer. Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt demnach 39 %. Bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung verdienen Frauen 82 % des mittleren Bruttojahreseinkommens der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Männer und somit 18 % weniger.

Um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen werden folgende Ansätze als erfolgversprechend gesehen:

Es bedarf gleicher Zugangschancen zu Ausbildung und zum Arbeitsmarkt. Die Ausbildungs- und Berufswahl ist entscheidend für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Aktuell besteht in Österreich ein Fachkräftemangel in den Bereichen Facharbeit/Handwerk und im Bereich Technik. Aber auch im Vertrieb, bei Ingenieuren oder IT-Fachkräften sind Frauen unterrepräsentiert.

Es gibt derzeit rund 230 Lehrberufe. Knapp die Hälfte aller weiblichen Lehrlinge konzentrieren sich aber nur auf 3 Berufe: Einzelhandel, Bürokauffrau und Frisörin. Der Lohn im 1. Lehrjahr beträgt für FrisörInnen monatlich 395 € und für KraftfahrzeugtechnikerInnen 560 €.

Im Bereich der weiterführenden Ausbildung haben 58% der Frauen einen Maturaabschluss und 58% der Frauen einen Studienabschluss vorzuweisen. Allerdings bestehen typische Frauenstudien wie Sprachstudien, Veterinärmedizin und Pädagogik (Frauenanteil 80%), wogegen typische Männerstudien etwa Maschinenbau, Elektrotechnik und Informatik (Frauenanteil 10%) sind.

Es bedarf also der Auflösung von geschlechtsspezifischen Ausbildungs- und Berufsentscheidungen bei Burschen und Mädchen durch Unterstützung der Berufsorientierung an Schulen und Information über die Vielfalt von Lehrberufen und die damit verbundenen Einkommensmöglichkeiten und Berufsaussichten.

Außerdem werden Tätigkeiten, die körperliche Kraft erfordern, derzeit höher bewertet als dem Menschen zugewandte Aufgaben oder Tätigkeiten die Geschicklichkeit erfordern. Zusätzlich vergrößern Zulagen die Lohnschere wie z.B. Schmutz-, Nacht-, Mehrarbeit-, Gefahrenzulage. Dies wird in den einschlägigen Diskussionen unter dem Schlagwort „diskriminierungsfreie Arbeitsplatzbewertung“ zusammengefasst.

Um diesem Umstand zu begegnen ist eine angemessene Gestaltung der Tarifverträge durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in Zusammenwirken mit den Sozialpartnern notwendig. Ein ausgewogenes Verhältnis von körperlichen und psychischen Belastungsfaktoren bei der Arbeitsplatzbewertung erscheint geboten.

Künftig bedarf es der Entwicklung und Verbreitung von Instrumenten für ein geschlechterneutrales und innovatives System der Arbeitsbewertung und dessen Umsetzung in der Wirtschaft. Arbeitstätigkeiten sind als gleichwertig zu betrachten, wenn sie nach einem gemeinsamen Verfahren bewertet werden und den gleichen

Arbeitswert erhalten. Das Land NÖ hat durch die umfassende Besoldungs- und Dienstrechtsreform des NÖ Landesdienstes eine Bewertung nach Anforderungsprofil und die Abschaffung der Zulagen eingeführt. Dadurch ist eine gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit gesetzlich garantiert.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Förderung von Vereinbarkeitsmaßnahmen von Beruf und Familie. Personen – primär Frauen und Alleinerziehende - mit Betreuungspflichten fehlt oft die Unterstützung im Beruf, um die Doppelbelastung erfolgreich zu meistern. Daher müssen im jeweiligen regionalen Umfeld weitere Angebote und Unterstützung für Menschen mit Betreuungspflichten geschaffen werden.

In Niederösterreich sind 810.000 Menschen erwerbstätig. Davon sind 47% Frauen. Bei Männern üben 85% eine Vollzeitbeschäftigung aus. Jede zweite Frau in Österreich ist vollzeitbeschäftigt. Teilzeitbeschäftigt (ab 12 Wochenstunden) ist nur jeder 20. Mann. Mehr als jede dritte Frau arbeitet in Teilzeit.

Ein wichtiger Schritt ist somit die Forcierung der Väterkarenz. Im NÖ Landesdienst werden Maßnahmen gesetzt, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, wie z.B. berufliche Auszeiten und Arbeitszeitreduktion anlässlich der Kinderbetreuung. Weiters wurde 2011 der Frühkarenzurlaub für Väter eingeführt. Von 2011 bis 2014 nahmen dies 243 Väter in Anspruch.

Es bedarf auch einer ausgewogenen Verteilung der Familien- und Haushaltsarbeit auf Frauen und Männer. Neben dem Papamonat ist auch die Väterbeteiligung beim Bezug des Kinderbetreuungsgelds ein Indikator für die partnerschaftliche Aufteilung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ein weiterer Punkt ist die verstärkte Information über Pensionssplitting.

Der erwerbstätige Partner kann für die ersten vier Jahre nach der Geburt bis zu 50 % seiner Teilgutschrift auf das Pensionskonto der Partnerin übertragen lassen. Die Übertragung muss bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres des Kindes beantragt werden. Das freiwillige Pensionssplitting trägt zur Absicherung des Elternteils, der

sich der Kindererziehung widmet bei. Dieses Modell ist jedoch kaum bekannt und wird deswegen auch wenig in Anspruch genommen.

Die Gefertigte stellt daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, sich beim Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und bei der Bundesministerin für Bildung und Frauen für einen chancengleichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt, für eine diskriminierungsfreie Arbeitsplatzbewertung und die Förderung von effizienten Vereinbarkeitsmaßnahmen einzusetzen, um die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern zu schließen.“